Sonntag, 2. November 1930 - 78. Jahrgang Nr. 518

Berliner Volks-Zeitung

Freitag das achtseitige illustrierte Witzblatt ULK

Morgen-Ausgabe

15 Pfennig

Ein 1000 Jahre altes Wohnhaus in Bayern

Mit „Unterhaltungs-Blatt"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH

Wolkenkratzer in Kamerun

# „Republikaner" Frick abgeblitzt
# Ueberfall auf Tankstelle / Raketen-Flugzeug

## Aussenpolitik im luftleeren Raum

**O. N.** Seitdem der Gigant Bismarck die Zügel der auswärtigen Politik gezwungenermassen niederlegen musste, wurde die deutsche Aussenpolitik von Wilhelm II. dilettantisch weitergeführt. Seine Kanzler und Aussenminister beschränkten sich im wesentlichen darauf, zerbrochenes Porzellan notdürftig wieder zu kitten, und der gewandte Routinier Bülow rechnet sich solche Leimtätigkeit als staatsmännische Taten an. Mit Entsetzen liest man heute, wie der gekrönte Psychopath in krankhaftem Grössenwahn Konflikte provozierte, die uns die Sympathien ganzer Völker verdarb. Seine Grossmutter packte gelindes Entsetzen, als er das Verlangen stellte, dass sein Onkel, der nachmalige König Eduard VII., ihm als Prinz von Wales gesellschaftlich nachstehen sollte. Aber es war schliesslich die geschichtliche Schuld Bismarcks, dass das deutsche Volk nichts von Aussenpolitik verstand. Bismarck machte alles selber, und er wählte mit Vorliebe die verschwiegenen Pfade der Geheimdiplomatie. Es war nur ein Glück, dass der erste Kanzler eine reiche aussenpolitische Erfahrung besass, die er sich als preussischer Gesandter in Paris und als Botschafter in Petersburg erworben hatte. Aber nach Bismarcks Entlassung wiegte sich das deutsche Volk weiterhin in dem Glauben, dass seine Aussenpolitik von oben her schon sicher geführt würde, und es gehörte zum guten Ton des braven Bourgeois, dass man in der Kritik der unabhängigen Presse und in der parlamentarischen Durchleuchtung der Aussenpolitik nur berufsmässige Nörgelei vaterlandsloser Gesellen sah, und wenn der Alte aus dem Sachsenwalde die kaiserlichen Ungeschicklichkeiten kritisierte, so sah man darin nur das Räsonnieren des entlassenen Staatsmannes. Hin und wieder gab es freilich ein Wetterleuchten, das selbst die satten Bürger erschrecken liess. Es kam 1909 nach dem „Daily-Telegraph"-Interview sogar zu einer Sturmsitzung im Reichstag; mit der Linken und dem Zentrum vereinigten sich damals selbst die konservativen Männer in der Kritik des persönlichen Regiments. Aber wenn die Wolken am aussenpolitischen Horizont sich wieder verzogen hatten, gewann der satte Bürger seine Fassung zurück, und er grollte jedem, der daran zweifelte, dass bei uns alles aufs beste bestellt sei.

Der Weltkrieg bestätigte dann alle Befürchtungen der Kritiker. In seinem Verlaufe aber merkte der deutsche Bürger nicht, wie es immer einsamer um uns wurde, und wie schicksalhaft die deutsche Niederlage heraufzog. Aber auch der schrecklichste aller Zusammenbrüche hat einem grossen Teil des deutschen Volkes noch nicht die Augen geöffnet. Auch heute ist die Aussenpolitik der Mehrzahl unserer Volksgenossen noch ein Buch mit sieben Siegeln. Die internationalen Verflechtungen, die Denkweise des Auslandes, die Beweggründe der draussen wirksamen Kräfte sind nur wenigen im Volke bekannt. Gerade jetzt ist man wieder dabei, eine deutsche Aussenpolitik im luftleeren Raum zu konstruieren. Im Reichstage überbieten sich die Parteien in der Stellung radikaler Anträge, und selbst in den Fraktionszimmern gemässigter Parteien ist die Ueberlegung über die Fernwirkungen ihrer Aussenpolitik abhanden gekommen. Man hält dort Ansichten für weltgültige Wahrheiten, und jeder ernste Mahner wird zum Pazifisten erklärt. Was früher der vaterlandslose Geselle war, das ist heute der Pazifist. Die Aussenpolitik, die kluge, weitsichtige Ausbalancierung weltpolitischer Gegensätze ist heute zum Handwerk der Grobschmiede geworden, und es verschlägt nichts, ob die unsinnigsten Anträge von der äussersten Rechten oder der extremsten Linken kommen. Aussenpolitik — das ist für die meisten deutschen Parteien eine der vielen Gelegenheiten, sich gegenüber dem Parteikonkurrenten als der Strammere und der Forschere zu erweisen.

Während des Kriegs war es ein beliebtes Mittelchen der Kriegspressestellen, irgendwelche Eigenbrötler des neutralen Auslandes oder kleine Blättchen zu dingen, um dem deutschen Volke Sympathien des Auslandes vorzutäuschen, die gar nicht vorhanden waren. Auch heute beliebt es gewissen Parteien, sich aussenpolitischer Zeugen zu bedienen, die in ihren Heimatländern absolute Eingänger sind und deren Einfluss gleich Null ist. Das Neueste leisten sich auf diesem Gebiete die Nationalsozialisten mit dem Lord Rothermere und Herrn Gustave Hervé, und es gibt genug deutsche Spiessbürger in allen Schichten, die die Bedeutungslosigkeit dieser beiden Sonderlinge nicht einmal ahnen. Jenen Leichtgläubigen dämmert auch nicht die leiseste Ahnung darüber auf, dass Herr Mussolini den deutschen Nationalismus nur als Bluff gegen Frankreich missbraucht, und wenn es wirklich Ernst würde, so kämpfte Herr Musolini nur für italienische Interessen und wir wären seine billigsten Landsknechte.

Herr Hitler treibt heute eine Aussenpolitik, die den Dilettantismus Wilhelms des Letzten noch in den Schatten stellt. Am unsinnigsten ist aber seine Drohung mit dem Bolschewismus. Das Schema ist durch die Nachkriegsdiplomatie ziemlich abgenutzt. Oft genug hat man mit diesem Popanz zu operieren versucht. Wenn aber jetzt Herr Hitler auf seine sechs Millionen Wähler pocht und dennoch diesen Trick wiederholt, so vergisst er ganz, dass man im Auslande die nüchterne Erwägung anstellt, wieso denn ein so starker Nationalismus den Bolschewismus bei uns hochkommen lassen könnte. Man ahnt ja nicht, wie kritisch das Ausland unsere Kundgebungen ansieht, und wie sinnfällig unsere Widersprüche in der Entfernung aussehen. Selbst ein so kluger Militär wie Herr von Seeckt fordert in einem Atem Aufrüstung und Herabsetzung der Young-Zahlungen. Mit welchem — na, sagen wir einmal milde — höflichen Mitleid das Ausland solche Kundgebungen aufnimmt, darüber konnte ich mich persönlich gelegentlich einer Auslandsreise überzeugen,

Aussenpolitik ist mehr noch als die Innenpolitik Realpolitik! Die faschistischen Staaten sind heute kein überwältigender Faktor, und es gibt hier nur einen brutalen Egoismus, der die eigenen Interessen allen anderen voranstellt. Die übrige Welt aber ist demokratisch. In Frankreich herrscht eine ausgesprochen bürgerliche Demokratie. England besitzt eine Arbeiterregierung, und in Amerika sind die starken Wirtschafts- und Finanzmächte ausschlaggebend. Eine Revision der Verträge ist nur in ehrlicher Auseinandersetzung mit diesen Kräften möglich, wobei die Fragen der weltwirtschaftlichen Interessenverflechtung entscheidendes Gewicht haben. Wenn jetzt Deutschland erneut eine Aussenpolitik im luftleeren Raum konstruieren wollte, so würde das nur zu neuen Nackenschlägen für uns führen. Die schwere Aufgabe, Deutschlands Lage zu erleichtern, ist weder mit Drohungen noch mit Wehklagen zu lösen. Nur die Zusammenfassung einer Volksmehrheit auf erreichbare Ziele und eine ehrliche Friedenspolitik können unsere Lage zum Besseren wenden!

## Seltsame „Formalitäten"!

*Der Kündigungs-Revers der A. E. G.*

**Die Direktion der A. E. G. verbreitet durch W. T. B. eine längere Mitteilung, in der betont wird, dass der den Angestellten zur Neuregelung der Tariffrage zur Unterzeichnung vorgelegte Revers keine Entlassungsaktion, sondern lediglich eine „formelle" Massnahme darstelle.**

In der Erklärung der A. E. G. wird gesagt, dass nach der geltenden Gesetzgebung eine etwaige Abänderung des Tarifs nur bei denjenigen Angestellten sofort in Kraft treten könne, deren Verträge sich nach den jeweils gültigen Tarifabkommen richten. Von denjenigen Angestellten, deren Einkommen nicht tariflich festgelegt sei, habe man lediglich die Verpflichtung abverlangt, die Bedingungen eines kommenden Tarifabkommens auch für ihre Verträge anzuerkennen. Darüber hinaus gibt die Direktion der A. E. G. folgendes zu:

**Es sei ein Passus aufgenommen worden, der für den nicht wahrscheinlichen, aber möglichen Fall eines tariflosen Zustandes dem Arbeitgeber die Möglichkeit anderweitiger Festsetzung des Einkommens gibt,**

Wie es jedoch in dem Revers, den wir wörtlich veröffentlicht hatten, ausdrücklich heisst, sollen sich die Angestellten damit einverstanden erklären, dass der Arbeitgeber im Falle eines tariflosen Zustandes das Einkommen von sich aus festsetzt mit der Massgabe,

**dass das neue Einkommen nicht mehr als 10 Prozent unter dem jetzigen liegt.**

Soweit der Sachverhalt! Es ist also nur von rein „formaler" Bedeutung, wenn unter Androhung der Kündigung zum 31. März 1931 von jedem Angestellten verlangt wird, er solle sich im Falle eines tariflosen Zustandes eine Kürzung seines Einkommens bis zu 10 Prozent gefallen lassen.

### Abfindung für Mecklenburgs Damen

*Ach, die arme Dynastie, sowas überlebt sie — immer!*